

Zentrale Forderungen des bildungspolitischen Krisen- und Strategiegipfels vom 06. März 2009

Zum bildungspolitischen Krisen- und Strategiegipfel sind auf Einladung der Landtagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen am 06.03.09 folgende Verbände zusammen gekommen:

- Schulleitungsverband Niedersachsen
- Verband Bildung und Erziehung
- Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule
- Elternverband für Gesamtschulen Niedersachsen
- Gewerkschaft Erziehung & Wissenschaft
- Landeselternrat
- Landesschülerrat

Die Verbände stellen folgende zentrale Forderungen an die Landesregierung:

Schulleitungsverband Niedersachsen

Jahrelange Fehlplanungen in der Unterrichtsversorgung durch das Kultusministerium dürfen nicht durch einen zweijährigen „Marathon der Anforderungen“ zu Lasten von Schülerinnen und Schülern ausgetragen werden. Das Maß der Unzufriedenheit bei Schulleitungen, Lehrkräften und den Eltern ist mehr als voll! Die Veränderungen der letzten sechs Jahre haben die Schulen in eine erhebliche Unruhe versetzt. Das darf nicht so weitergehen!

Stellungnahme des Schulleitungsverbandes Niedersachsen e.V. SLVN zum Kabinettsbeschluss vom 24.2.2009.

Der SLVN erwartet von der Landesregierung,

- den Schulleitungen zu vertrauen und keinen Druck über die LSCHB auszuüben. Das heißt: Die Teilzeitanträge nach § 80 a werden im Sinne der Eigenverantwortlichkeit von der Schulleitung geprüft und entschieden. Die Schulleitungen wissen am besten, ob eine Lehrkraft zusätzliche Stunden erteilen kann oder sollte.
- dass Schulen „Quereinsteiger“ nicht nehmen müssen, wenn sie deren pädagogische Qualifikation infrage stellen.
- dass die Anrechnungsstunden im Sinne des Schulfriedens nicht zu 10% gekürzt werden, da diese die einzige und minimalste Form der Anerkennung besonderer Leistungen der Pädagogen darstellen.
- dass die Anrechnungsstunden der Beratungslehrkräfte mindestens mit 3 Stunden erhalten bleiben, weil der Beratungsbedarf an Schulen beständig wächst.
- dass die neue Arbeitszeitverordnung für Schulleitungen eher umgesetzt wird! Sie darf nicht bis 2011/12 hinausgeschoben werden, denn die Schulleitungen warten seit 2006 auf die von Ministerpräsident Wulff versprochene Entlastung vom Unterricht.
- die Fehlplanungen einzugestehen, den Umgangsstil mit Schulen respektvoller zu gestalten und zeitnah zu einem konstruktiven „Runden Tisch“ einzuladen, an dem die nächsten 2 Jahre geplant werden können.

Verband Bildung und Erziehung

Die Landesregierung will das herkömmliche gegliederte Schulsystem zementieren, indem sie alternativen Angeboten willkürliche Hürden in den Weg legt.

- den Hauptschulbildungsgang durch Hereinnehmen von Berufsausbildungsteilen vom allgemein bildenden Schulwesen abkoppelt.
- die Binfunktion der Realschule zur Oberstufe des Gymnasiums weiter schwächt.
- das Konzept der Integrierten Gesamtschulen mit dem Zwang zum Abitur nach Klasse 12 – ohne jegliche pädagogische Begründung – zerschlägt und
- den Eltern verwehrt, von ihnen ausgesuchte Bildungsgänge für ihre Kinder auch auszuwählen.

Ferner fordert der VBE: Die Vollen Halbtagschulen bleiben wie in § 189 des NSchG festgeschrieben erhalten. Schulträger und Schulvorstand (siehe eigenverantwortliche Schule) entscheiden über Veränderungen des Status. Darüber hinaus schließt sich der VBE den Forderungen des Schulleitungsverbandes an.

Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule

Die Landesregierung will das herkömmliche gegliederte Schulsystem zementieren, indem sie

- Alternativen Angeboten – wie neuen Gesamtschulen – willkürlich Hürden in den Weg legt.
- Ohne jegliche pädagogische Begründung mit dem Zwang zum Abitur nach Klasse 12 das Konzept des gemeinsamen Lernens an der Integrierten Gesamtschule und der jahrgangsbezogenen Kooperativen Gesamtschule beschädigt und
- den Eltern verwehrt, von ihnen ausgesuchte Bildungsgänge für ihre Kinder auch auszuwählen.

Forderung:

Den Kampf gegen die Gesamtschulen endlich aufgeben!

- Die mit der Schulgesetznovelle von 2008 errichteten Hürden für die Gründung von Gesamtschulen werden beiseite geräumt.
- Die Integrierten Gesamtschulen werden nicht gezwungen, die Fehler des G8 zu wiederholen und die Schulzeit bis zum Abitur um ein Jahr zu verkürzen.
- Alle Integrierten Gesamtschulen dürfen als gebundene Ganztagschulen geführt werden.

Elternverband für Gesamtschulen Niedersachsen

Der Elternverband für Gesamtschulen Niedersachsen (evgn) fordert von der Landesregierung:

- Ein flächendeckendes Angebot an Integrierten Gesamtschulen, so dass alle Eltern die Möglichkeit haben ihr Kind an einer Integrierten Gesamtschule anzumelden.
- Die Abschaffung sämtlicher Errichtungshürden für Integrierte Gesamtschulen. Vor allem die Hürde der Fünfüzigkeit.
- Der gemeinsame Unterricht aller Schüler an den Gesamtschulen darf nicht durch Verkürzung der Lernzeit einer bestimmten Gruppe aufgehoben werden.
- Der Zwang zur äußeren Differenzierung an Integrierten Gesamtschulen aufgehoben wird.

Position der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Die Landesregierung steht dem wachsenden Problem der schlechten Unterrichtsversorgung hilflos gegenüber.

Das vorgelegte Maßnahmenpaket löst die Probleme nicht im Ansatz, stattdessen erhöht es die Belastungen der Schülerinnen und Schüler und der Lehrkräfte.

Die Landesregierung will das herkömmliche gegliederte Schulsystem zementieren, indem sie

- alternativen Angeboten – wie neuen Gesamtschulen – willkürliche Hürden in den Weg legt,
- ohne jegliche pädagogische Begründung mit dem Zwang zum Abitur nach Klasse 12 das Konzept der Integrierten Gesamtschulen zerschlägt,
- die Vollen Halbtagsgrundschulen als Reformschulen abschaffen will und
- den Eltern verwehrt, von ihnen ausgesuchte Bildungsgänge für ihre Kinder auch anzuwählen.

Wir fordern die Landesregierung auf, endlich den Weg zu einer zukunftsorientierten und bedarfsgerechten Schulpolitik einzuschlagen und das Recht auf Bildung für alle ohne Einschränkungen zu verwirklichen.

1. Den Kampf gegen die Gesamtschulen endlich aufgeben!

Die mit der Schulgesetznovelle von 2008 errichteten Hürden für die Gründung von Gesamtschulen werden beiseite geräumt.

- Die Integrierten Gesamtschulen werden nicht gezwungen, die Fehler des G 8 zu wiederholen und die Schulzeit bis zum Abitur um ein Jahr zu verkürzen.
- Alle Integrierten Gesamtschulen können als gebundene Ganztagschulen geführt werden.

2. Die vollständige Unterrichtsversorgung gewährleisten!

- Die Landesregierung legt gegenüber Parlament und Öffentlichkeit jährlich aktualisierte detaillierte Zahlen vor, wie viele Stellen jeweils in den kommenden Jahren bis zum Jahr 2024 durch den Abbau des Lehrerarbeitszeitkontos fehlen werden.
- Sie richtet für diese Übergangszeit befristet eine ausreichende Zahl zusätzlicher Stellen ein, um zu gewährleisten, dass das entstehende Unterrichtsdefizit vollständig ausgeglichen wird.
- Die Landesregierung baut unverzüglich die Kapazitäten in beiden Phasen der Lehramtsausbildung so aus, dass in den kommenden Jahren eine ausreichende Zahl von Lehrkräften zur Verfügung steht.
- Sie sorgt dafür, dass in einer Übergangszeit Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger für Mangelfächer ausreichend pädagogisch qualifiziert werden.
- Sie schafft für die Lehrkräfte attraktive flexible Angebote für den raschen berufsbegleitenden Erwerb von Zusatzqualifikationen in Mangelfächern.
- Die Landesregierung schafft zur Sicherung der Unterrichtsvertretung eine ausreichende Zahl von ganzjährigen Stellen für Feuerwehrlehrkräfte.

Der bildungspolitische Krisen- und Strategiegipfel hat als Auftakt zu landesweiten Protesten einen Aktionstag mit dezentralen Aktionen in den Regionen angeregt, der nach einer Reihe von Aktivitäten in einer zentralen Veranstaltung in Hannover münden sollte.